

Die Sonne scheint auf die Karosse, komm' zum Oldieday, Genosse!

Peter Schmarsli, Vorsitzender des Motor Sport Clubs Rottenburg, ruft zum Oldtimer-Treffen am Wahl-Sonntag - siehe „Rottenburger Post“

Übrigens

Gernot Stegert hofft auf eine hohe Wahlbeteiligung



Man kann nicht nicht wählen

Sie leide am Personal der Partei, sagte eine Rentnerin und AfD-Anhängerin nach dem TAGBLATT-Podium zur Bundestagswahl. Dubravko Mandic hatte zuvor mehr als zwei Stunden lang die AfD von heute verkörpert: ungehobelt im Auftreten, völkisch in der Gesinnung und ohne Antworten auf Sachfragen. Jeder kann es auf www.tagblatt.de nachschauen und -hören: Mandic machte abwertende Gesten bei Äußerungen der anderen Kandidaten. Er bekannte sich offen als Rechtsaußen in seiner Partei, nannte Björn Höcke einen „guten Mann“ und sprach immer wieder vom deutschen Volk. Es stehe über dem Grundgesetz. Dabei wusste er nicht einmal zu sagen, ob er - in Sarajewo geboren - überhaupt dazu gehört. Widersprüche räumte er auch bei Sachthemen ein und erwies sich bei vielem als völlig blank.

Am Tag nach dem Podium forderte der Anwalt die Einführung des Straftatbestandes der „Volkschumsleugnung“. Das ist so grotesk, dass man nur darauf wartet, dass sich Mandic nach der Wahl als Satiriker outet, der die AfD-Masche absurdum führen wollte. Doch der Mann meint es bitterernst, spricht bei Pegida in Dresden und knüpft ein Netzwerk zur rechtsextremen „Identitären Bewegung“.

Ein Fall für den Verfassungsschutz. Man müsste sich gar nicht weiter mit dem Mann beschäftigen, der ohnehin nicht auf der Liste seiner Partei ist und auf keinen Fall in den Bundestag kommt. Aber er steht für seine Partei. Sie ist nicht mehr rechts oder konservativ, sondern offen nationalistisch und rechtsradikal. Die Masken sind längst gefallen. Als die AfD in die ersten Landtage einzog, dachte ich gelassen: Die werden sich schon wie alle rechtspopulistischen Parteien bisher selbst zerfleischen. Das haben sie auch. Doch es hat sie laut Umfragen keine Zustimmung gekostet, im Gegenteil. Das ist das Neue und

Erschreckende für unsere Gesellschaft, nicht allein für die Politik.

Eigentlich sind das schon viel zu viele Zeilen über die AfD. Aber sie zeigen, wie wichtig es ist, am Sonntag wählen zu gehen. Wer aus Verdross daheim bleibt, stärkt jene, die eine andere Republik wollen. Je größer die Beteiligung, desto kleiner die Extremen. Man kann nicht nicht wählen.

Die AfD eignet sich auch nicht für einen Denkkzettel, um auf Probleme mit Flüchtlingen hinzuweisen. Sie bietet null Lösungen. Sie ist noch nicht einmal mehr Protestpartei, sondern setzt allein auf Stimmungsmache. Wie Donald Trump in den USA. Vielleicht erkennen mögliche Wähler wie die eingangs erwähnte Rentnerin ja, dass ihr keine Alternative geboten wird. Sie hat ein Leben lang gearbeitet und erhält nur eine geringe Rente. Die AfD hat zur Rente keine Position, wie sie zugibt. Andere Parteien schon, sie könnten der Frau helfen.

Anders als Demokratieverächter am rechten und linken Rand weismachen wollen, gibt es sehr wohl Unterschiede zwischen den „etablierten“ Parteien. Sie alle wollen zwar irgendwie die Digitalisierung meistern, Bildung fördern, Arbeitsplätze schaffen, Renten sichern, Wohnen bezahlbar machen, Gesundheit für alle gewährleisten, Klimaschutz umsetzen, Flüchtlinge integrieren, Europa erneuern und vieles mehr. Aber CDU und SPD, Grünen, Linken und FDP sind nicht alle Themen gleich wichtig. Und noch mehr unterscheiden sich die Konzepte. Die Bürgerinnen und Bürger haben am Sonntag eine echte Wahl. Diese sollten sie nutzen. Es wird nicht egal sein, wer drittstärkste Partei im Bundestag wird, welche Regierungskoalition gebildet werden kann und wer die Opposition anführt. Auf jede Stimme kommt es an.

Siehe die dritte Lokalseite



EA-Leiter Andreas Binder führte unter anderem Julius Würtenberger und Klaus Tappeser (mittlere Reihe, von links) durch den Neubau.

Bild: Faden

Endlich Leben im Millionen-Bau

Flüchtlinge Nach langem Leerstand sind die ersten Frauen und Kinder in die Erstaufnahmestelle beim Landratsamt gezogen. Gestern wurde offiziell Eröffnung gefeiert. Von Kathrin Kammerer

Neugierig linnten die fünf Kinder durch die Glasscheibe und winkten strahlend den ungewohnten Besuchern zu. Es waren viele Männer im Anzug und Frauen im Kostüm, die sich gestern in der Erstaufnahmestelle (EA) neben dem Tübinger Landratsamt versammelt hatten. Nach dreimonatiger Bauzeit und über einem Jahr Leerstand füllen sich die beiden Containerbauten nun seit Wochenbeginn mit Leben.

Die teuerste EA im Land

Knapp 12 Millionen Euro hat der Bau gekostet, den man Ende 2015 im Angesicht der großen Flüchtlingsbewegung in Auftrag gegeben hatte. So viel, wie keine andere EA im Land, monierte der Landesrechnungshof im Sommer. Verwendung hatte man für die EA nach ihrer Fertigstellung erstmal keine. Denn waren es 2015 noch knapp 1000 Flüchtlinge, die pro Tag in Baden-Württemberg ankamen, hat sich diese Zahl bis 2017 auf weniger als 15 pro Tag reduziert. Diese Zwickmühle verdeutlichte Julian Würtenberger, Ministerialdirektor im Innenministerium.

250 Flüchtlinge mit besonderem Schutzbedarf finden nun in der Tübinger EA eine erste Unterkunft, nachdem sie zunächst in Heidelberg registriert wurden. Besonderen Schutzbedarf haben per Defini-

tion Frauen, die alleine oder mit Kindern reisen, oder Flüchtlinge, die auf Grund von sexueller Orientierung diskriminiert oder in ihrem Heimatland gefoltert wurden. 44 Frauen, 21 Kinder und 3 Jugendliche leben aktuell in der EA. Sie stammen aus Somalia, Eritrea, Ghana, Nigeria, Tunesien, Afghanistan, Iran, Gambia, Syrien und dem Irak.

In der Sigmaringer EA gibt es für diese Flüchtlingsgruppe extra Frauenhäuser. Diese hoffe man nun auflösen zu können, so Regierungspräsident Klaus Tappeser. Auch in der EA Meßstetten gab es einen Wohnblock speziell für Frauen. „Diese Frauen sind schon alle nach Tübingen gebracht worden“, sagte Andreas Binder, der noch die dortige EA leitet und nun die Leitung der Tübinger EA übernimmt. Meßstetten wird zeitnah aufgelöst.

Zur offiziellen Einweihung waren Dutzende Vertreter von Land, Regierungspräsidium, Landkreis und Stadt gekommen. Auch viele ehrenamtliche Flüchtlingshelfer waren vor Ort und wurden von allen Rednern für ihr Engagement gelobt. Die Erstaufnahmestelle ist mittendrin in der Stadt, „so wie es sich gehört“, findet Regierungspräsident Tappeser. Der von seinem Dienstzimmer auf der anderen Seite des Mühlbachs übrigens einen exzellenten Blick auf das Geschehen habe, wie er sagte. Dreimal täglich bekommen die Flüchtlinge zu

festgelegten Uhrzeiten in der Kantine der EA von einem Caterer Essen serviert. Das hatte Tappeser gestern gleich verkostet: „Es gab Hähnchen-Nuggets mit Reis - absolut okay“, war sein Fazit.

Auch Landrat Joachim Walter, der seinen Dienstort ebenfalls in direkter Nachbarschaft zur EA hat, lobte die stadtnahe Lage: „Denn es bilden sich schnell Parallelgesellschaften, wenn sich die Flüchtlinge nicht mittendrin fühlen.“

Mittendrin im Behördenviertel

Ministerialdirektor Würtenberger wies auf die „moderne Ausstattung“ und die „besonderen Betreuungsmöglichkeiten“ der EA hin. So herrsche in Tübingen viel Bereitschaft zum Ehrenamt. Dies bestätigte Oberbürgermeister Boris Palmer. Er wies aber auch darauf hin, dass „Tübingen sicher nicht die einzige Stadt in ganz Baden-Württemberg ist, die dafür geeignet wäre“. Das Gebäude sei „weder Fluch noch Segen“, so Palmer weiter. Er kritisierte, dass die Kinder hier weder Schule noch Kindergarten besuchen. So bleibe ihnen eine erste Integration verwehrt. Sechs Monate bleiben die Flüchtlinge im Idealfall in der EA - wenn sich ihr Verfahren verzögert, auch länger.

Es herrscht eine fast klinische und trotzdem friedliche Atmosphäre in und neben den großen Bauten. Kinder toben lachend über den

großen Hof. Luftballons und ein bunter „Herzlich Willkommen“-Schriftzug am Fenster sind Farbtupfer in der grau-weiß-roten Container-Welt. Es gibt ein Arztzimmer, in dem Sprechstunden angeboten werden, einen Kindergarten-Raum, Spiel- und Unterhaltungsangebote.

„Der strukturierte Tagesablauf ist hier das größte Problem“, weiß Regierungspräsident Tappeser. Frauen, die sich einbringen wollen, können in der Wäscherei arbeiten. 14 Quadratmeter messen die kargen Zweibettzimmer, die mit Tischen und Spinden ausgestattet sind. Steckdosen gibt's nur auf dem Gang.

Direkt neben der EA steht ein weiterer bunter Containerbau: Eine der zahlreichen „vorläufigen Flüchtlingsunterkünfte“ des Landkreises. Hier wohnen viele junge Männer. Ein Metallzaun grenzt die EA von der Umwelt ab und zusätzlich überwacht eine Security das Gelände. Rein kommen nur Mitarbeiter und Bewohner, betonte Einrichtungsleiter Binder. So könne man den Schutz der Frauen innerhalb des Komplexes gewährleisten.

Da Tübingen nun eine EA hat, erhält der Landkreis eine Ermäßigung in den Zuteilungsquoten vom Land: So muss er in Zukunft 50 Prozent weniger Flüchtlinge für die Weiterverteilung aufnehmen als bislang.

Unbekannter stürzt in den Tod

Tübingen. Vermutlich durch einen Unglücksfall ist in der Nacht von Donnerstag auf Freitag ein junger Mann beim Klettern am Kamin des Kraftwerks in der Tübinger Brunnenstraße abgestürzt und ums Leben gekommen. Seine Identität ist den Behörden bislang unklar. Kurz vor 10.30 Uhr rief ein Mitarbeiter des Gemeinschaftskraftwerks die Polizei und meldete einen abgestürzten Kletterer neben dem Kamin. Der Notarzt konnte nur noch den Tod des Mannes feststellen. Der etwa 20 bis 25 Jahre alte Verunglückte trug Kletterbekleidung und bunte Kletterschuhe. Er hatte keinerlei Ausweispapiere bei sich. Er ist etwa 1,75 Meter groß, hat eine sportliche Figur und blonde, mittellange, gewellte Haare. Er war mit einem Fahrrad vom Gelände des Kraftwerks gefahren. Beamte der Kriminalpolizei und der Spurensicherung nahmen die Ermittlungen zum Ablauf des Unglücks und der Identifizierung des Kletterers auf. Sie bitten unter der Nummer 07071/9728660 um Hinweise zur der Identität des Verunglückten.

Heim nach Tübingen

Abschiebung Bund muss Afghanen zurückholen.

Tübingen. Hasmat-Ullah F., der am Donnerstag vergangener Woche aus Tübingen nach Bulgarien abgeschoben wurde, darf zurück nach Deutschland. Das Verwaltungsgericht Sigmaringen hat gestern entschieden, dass die Abschiebung rückgängig gemacht wird. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) muss nun dem 23-jährigen „unverzüglich“ ermöglichen, nach Deutschland einzureisen - und zwar auf Kosten des BAMF.

Der 23-Jährige war, wie berichtet, auf seiner Flucht mit dem Ziel Deutschland in Bulgarien aufgegriffen und verhaftet worden. Nach eigener Aussage sei er dort zur Registrierung gezwungen worden. Nach seiner Freilassung sei er dann nach Deutschland weitergereist. Hier stellte er einen Asylantrag, den das BAMF abgelehnt hat. F. reichte daraufhin Klage gegen die Ablehnung ein und versah diese mit einem Eilantrag. Das hätte ihn vor einer Abschiebung geschützt.

Das BAMF berücksichtigte das jedoch nicht. Am Donnerstag, 14. September, wurde F. in seinem Zimmer in der Flüchtlingsunterkunft neben dem Tübinger Landratsamt von sechs Polizisten abgeholt und nach Bulgarien geflogen.

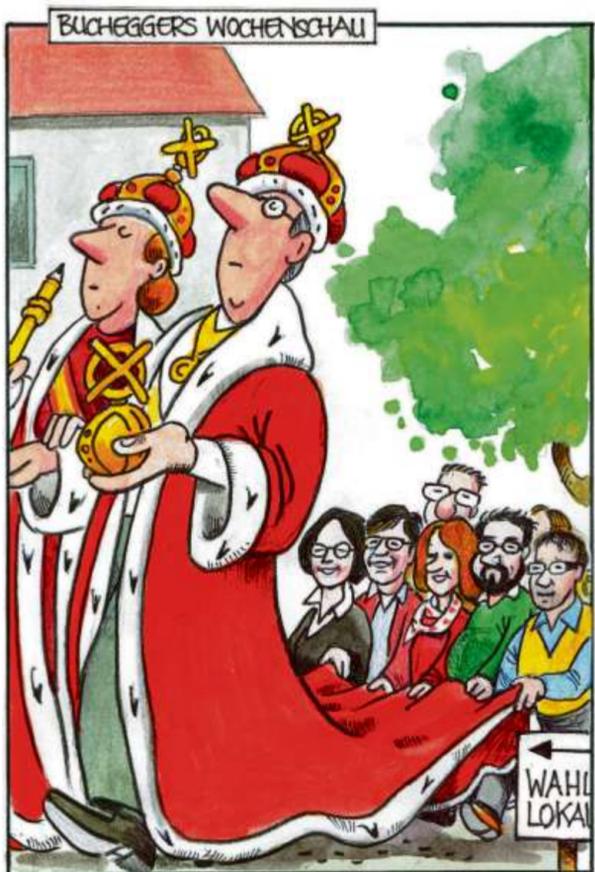
Dagegen protestierte nicht nur Es Anwalt Markus Niedworok, sondern auch die Initiativen „Bündnis Bleiberecht Tübingen“, „Move on“ und der AK Asyl Südstadt.

Andreas Linder vom Bündnis Bleiberecht sagt, F. sei im Abschiebegefängnis Busmanski bei Sofia. Von dort habe er sich am Montag gemeldet. Es sei ihm, habe er gesagt, mitgeteilt worden, dass er entweder 18 Monate in Haft bleiben müsse oder nach Afghanistan abgeschoben werde. „Er bekommt in Bulgarien also kein Asylverfahren“, so Linder. Der Kontakt zu F. gestaltet sich schwierig, weil der 23-Jährige kein Handy mehr habe.

Linder und Niedworok hoffen nun, dass das BAMF zügig handelt und F. zurückholt. slo

Polizei: Zweifel an Übergriff am Bahnhof

Tübingen. Die Ermittlungen wegen der von einer 42-Jährigen angezeigten Vergewaltigung am Tübinger Hauptbahnhof gestalten sich schwierig. Die Frau hatte bei der Polizei angegeben, am Donnerstag vergangener Woche gegen 23.30 Uhr habe ein etwa 30-jähriger Mann mit langen Rasta-Zöpfen sie aus dem Gebäude gezerrt. Anschließend soll er sie neben der Treppe am Eingang beim Burger King vergewaltigt haben. „Es ist sehr fraglich, ob sich das so zugezogen haben kann, an einer belebten Stelle wie dem Bahnhof“, sagte Polizeisprecher Josef Hönes auf Nachfrage. Zeugen der angeblichen Tat gebe es keine, obwohl an dem Abend auch wegen des Umbrisch-Provenzalischen Marktes viele Menschen in der Stadt unterwegs waren. Die Ermittler haben außerdem das Problem, dass die Frau nicht mehr mit der Polizei spricht. „Wir können sie als Geschädigte nicht dazu zwingen.“ Da auch die Spurenlage bei ihren Verletzungen nicht zu ihrer Darstellung passe, gebe es eigentlich dringenden Gesprächsbedarf, so Hönes. job



DIE MAJESTÄTEN FÜR EINEN TAG und ihre Tübinger Schleppenträger